

Gute Bildung muss auch gut finanziert werden

LINKE Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Wiesbaden mit Schwerpunkt Bildungspolitik

Mit Blick auf die am 22. September stattfindende Bundestagswahl und Landtagswahl in Hessen trafen sich die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN der Länder und des Bundes am 22. und 23. August in Wiesbaden. Schwerpunktthema war die Bildungspolitik.

Gastredner war das Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dr. Andreas Keller. In der Diskussion ging es u.a. um die Finanzierung des Bildungssystems, die Studierendensituation sowie die Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen. Eine der Ursachen für die auch im internationalen Vergleich sehr große soziale Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Bildungschancen liegt nach wie vor im unbefriedigenden Zustand der frühkindlichen Bildung.

DIE LINKE fordert nicht nur eine Umsetzung der Platzgarantie für Kindertagesstätten und die Rücknahme des unsäglichen Betreuungsgeldes (Herdräme). Bund, Länder und Kommunen müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, öffentliche Kindertagesstätten zu erfolgreichen Bildungseinrichtungen zu machen. Das verlangt einen hohen Standard der ErzieherInnenausbildung, entsprechende Arbeitseinkommen, gute Arbeitsbedingungen und niedrige Betreuungsschlüssel.

Durch eine andere Steuerpolitik Bildungsaufgaben finanzierbar

„Das Bildungssystem ist in Deutschland chronisch unterfinanziert. Dies bekommen sowohl Schulen als auch Hochschulen zu spüren“, erklärte Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende und hochschulpolitische Sprecherin der LINKEN im Hessischen Landtag. Vieles laufe völlig falsch. Beispielsweise müsse der Ausbau von Ganztagschulen

bundesweit endlich vorangetrieben werden. Dafür sei Geld notwendig und mit einer anderen Steuerpolitik, z.B. durch Einführung der Vermögenssteuer, wäre dies durchaus vorhanden. Denn gute Bildung müsse gut finanziert werden. Die Bildungspolitik agiere an den Wünschen und auch Nöten der Betroffenen vorbei, so Wissler. So hätten sich in Hessen etwa 90 Prozent aller Eltern dafür ausgesprochen, die unsinnige Schulzeitverkürzung (G8) an Gymnasien zurückzunehmen, da sie ihre Kinder eine sechsjährige Mittelstufe durchlaufen lassen wollen, doch dies würde selbst nach der letzten Schulgesetzänderung keineswegs allen Kindern und Jugendlichen ermöglicht.

Leuchtturmprojekte helfen Hochschulen nicht weiter

Auch an den Hochschulen mehren sich die Probleme. Die Unterfinanzierung der Hochschulen macht diese in immer größerem Maß von der Einwerbung von Drittmitteln abhängig, um die eigene Existenz zu sichern.

Dies bekommen besonders die prekär Beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Mittelbau zu spüren, die sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten hangeln, in den meisten Fällen keine Zeit zur wissenschaftlichen Weiterqualifikation haben und in steter Zukunftsunsicherheit leben.

„Ohne eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen wird dieser Situation auch nicht entgegen gewirkt werden können. Daher fordert DIE LINKE, das Bildungswesen mit den benötigten Mitteln auszustatten, statt auch hier immer weitere Kürzungen anzusetzen. Der Bund muss sich wieder in der Breite an der Wissenschaftsförderung beteiligen. Leuchtturmprojekte wie die Exzellenzinitiative helfen den Hoch-

schulen insgesamt nicht weiter und bringen der Lehre gar nichts“, betonte Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag von Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der LINKEN Fraktionsvorsitzendenkonferenz.

Zudem muss der Zahl der Studierenden endlich angemessen entsprochen werden. Überfüllte Hörsäle und Seminare, die beispielsweise in Kirchen ausquartiert werden, seien längst keine Ausnahmen mehr. Die Hochschulen sind am Rande des Leistbaren angelangt. Hinzu kommt die in vielen Städten vorherrschende Wohnraumnot für Studierende, für die die meisten Landesregierungen auch keine akzeptablen Lösungsansätze anbieten. Nicht zuletzt war das durch Union und SPD im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot im Bildungsbereich Thema.

Gregor Gysi: Kooperationsverbot muss fallen

„Dieses Verbot muss fallen! Im Bildungsbereich sind länderübergreifende Kooperationen mit Unterstützung durch den Bund unbedingt notwendig. Nur so kann ein kooperativer Bildungsföderalismus geschaffen werden“, unterstreicht Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag.

„Daher wird DIE LINKE an ihrem Vorhaben, das Kooperationsverbot zu kippen, auch nach den Wahlen festhalten. Grundsätzlich gilt: In kaum einem anderen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr die Bildungslaufbahn wie in Deutschland. DIE LINKE steht für ein Bildungssystem, das soziale Ausgrenzung nicht zementiert sondern überwindet. Deshalb wollen wir das gegliederte Schulsystem überwinden und streben stattdessen eine Gemeinschaftsschule mit Individualförderung als Regelschule an, in der alle Kinder und Jugendlichen länger gemeinsam lernen“, so Gysi. ■

VON A BIS Z:

Antidiskriminierung

Der aktuelle Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zur Diskriminierung in der Gesellschaft – insbesondere im Bildungs- und Schulbereich – sollte wichtiger Anstoß für die Arbeit der Thüringer Antidiskriminierungsstelle sein, fordert MdL Karola Stange und verweist auf die Landesverfassung mit dem Recht auf Bildung und ungehinderten Zugang zu Bildungseinrichtungen. Das gleiche gelte nach Ansicht der LINKEN auch für das Arbeitsleben. Leider sei jedoch die Thüringer Antidiskriminierungsstelle öffentlich kaum wahrnehmbar und wohl mehr ein Papiertiger.

Der Bundesbericht verdeutlicht die vielfältigen Benachteiligungen gerade auch im Alltagsleben (bei Migrationshintergrund, Behinderung, sexueller Orientierung, Geschlecht oder Alter). Die LINKE Politikerin fordert für Thüringen die Erhebung realer Fallzahlen sowie Beratung öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen durch die Thüringer Antidiskriminierungsstelle, die in Zukunft durch Beratungsbüros bzw. Beratungstage in den Regionen viel mehr öffentlich sichtbar werden und mit aktiver Informations- und Aufklärungsarbeit die Menschen erreichen müsse.

„Die zuständigen Landtagsgremien sollten zeitnah den Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes auswerten und praktische Schlüsse zur Beseitigung von Diskriminierung ziehen. Dabei sollten auch die Erfahrungen und Fachkompetenz von Verbänden und Organisationen berücksichtigt werden.“ ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags nach der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 18. bis 20. September statt.

Bürgerfest:

Der Thüringer Landtag lädt in diesem Jahr zu einem „Bürgerfest rund um die Verfassung“ (20 Jahre Thüringer Verfassung) ein. Dieses findet am Samstag, den 14. September, 10 bis 16 Uhr, statt. Die LINKE hält im Landtag (Funktionsgebäude, Raum F 003) und an ihrem Stand davor ein vielfältiges Informationsangebot bereit.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de

Waldumbau

Thüringenforst will verstärkt Laubbaumarten in die Fichtenbestände integrieren – „das macht es erforderlich, frühzeitig über deren Nutzungsmöglichkeiten nachzudenken!“, so MdL Tilo Kummer. Wenn der bisherige „Brotbaum“ der Forstwirtschaft, die Fichte, teilweise ersetzt werden soll, muss die wirtschaftliche Nutzung von Arten wie Birke, Ahorn und Eberesche vorbereitet und rechtzeitig Personal und Geld eingeplant werden. Zudem gehe es um die Ansiedlung von Verarbeitungskapazitäten: Um die Wertschöpfung in Forstwirtschaft und Holzproduktion mit dem Waldumbau zu steigern, könnte z.B. im Biosphärenreservat Vessertal ein Pilotprojekt „Laubholzveredelung“ auf den Weg gebracht werden! ■

Videoüberwachung

Thüringens Regionalzüge sollen komplett für Videoüberwachung ausgerüstet werden. Dazu MdL Dr. Gudrun Lukin: „Es ist sinnvoll, auf Bahnhöfen und in Zügen mehr Personal einzusetzen, anstatt Vorfälle lediglich aufzuzeichnen.“ Auf Anfrage der LINKE-Abgeordneten erklärte sich der Feistaat im Juni noch für unzuständig und verwies auf die Bundespolizei und die Sicherheitskräfte der Bahn. Nun soll plötzlich sogar die Ausrüstung der Züge mit Videotechnik durch das Land gefördert werden. „Dieser Sinneswandel ist schon erstaunlich. Noch vor zwei Jahren wurde ein Schwerpunkt bei den Neuausschreibungen der Bahnnetze auf eine höhere Anzahl von Zugbegleitern gelegt“, so die Abgeordnete. ■

Zwangsverrentung

Angesichts der Medienberichte zu Zwangsverrentungen von Hartz-IV-Empfängern zeigte sich MdL Karola Stange erstaunt über die von der Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten gezeigte Unwissenheit. Kurz zuvor hatte die Landesregierung behauptet, es seien keinerlei statistische Daten verfügbar. „Die nun getroffenen Aussagen legen nahe, dass meine Vermutung, dass die Landesregierung eher unwillig war, Zahlen zu liefern, leider zutrifft. Sollte sich dies bestätigen, hat sie bewusst die Rechte der Abgeordneten ausgehöhlt. Wir werden als LINKE hier weiter am Ball bleiben und das Thema in den Sozialausschuss holen“, kündigte die Sozialpolitikerin abschließend an. ■